SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Furcht vor Kriminalität

Czapska, Janina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Czapska, J. (1995). Furcht vor Kriminalität. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 445-449). Opladen: Westdt. Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141452

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

6. Furcht vor Kriminalität

Janina Czapska

1.

Die Transformationsprozesse in Polen wurden nach dem Paradigma analysiert, daß in der Gesellschaft eine Art "Transition to democracy" bestehe und daß die Sozialwissenschaften erforschen sollten, wie sich die Gesellschaft diesem Ziel nähert. Die teleologische Annahme, es existiere ein Muster für die Transformation, ist nicht begründet (Stark 1992). Statt dessen ist die Analyse der Übergangsphase selbst gefordert, ohne vorauszusetzen, wohin der Übergang führt. Die Übergangsphase zur Demokratie ist nicht als Chaos zu betrachten. Die Transformationsprozesse bilden deswegen eine neue Qualität der gesellschaftlichen Ereignisse (Rychard 1993: 6ff), wo sich das kommunistische Erbe und die Elemente der neuen Ordnung verbinden; der Postkommunismus verfügt zum Teil über eigene Reproduktions- und Entwicklungsmechanismen (Rychard 1993: 7). Mein Interesse richtet sich auf die in diesem Kontext seltener untersuchten Probleme des Kriminalitätsanstiegs und seiner Konsequenzen im Bewußtsein und Verhalten der Bürger. Auch wenn Kriminalität und Kriminalitätsfurcht allgemeine Erscheinungen sind, so wird die prompte Zunahme der Kriminalität zu den Transformationskosten gezählt.

Unser Wissen zum Thema "Kriminalitätsfurcht in Polen" stützt sich auf die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen der polnischen Institute für Meinungsforschung (CBOS, OBOP), internationale Viktimisierungsuntersuchungen von 1992 (van Dijk und Mayhew 1992), und vergleichende Untersuchungen in 7 Hauptstädten Osteuropas von 1993 (Bieńkowska und Wociechowska 1993). Einige Erscheinungen, wie z.B. nachbarschaftliche Selbsthilfe, wurden noch nicht systematisch untersucht. Deshalb auch müssen quantitative Ergebnisse empirischer Untersuchungen durch eine qualitative Analyse der Experteninterviews ergänzt werden.

2.

Laut Polizeistatistiken stieg die Verbrechensrate in den letzten dreißig Jahren in fast allen Industrieländern an (van Dijk und Mayhew 1992: 1). Im Vergleich zu vielen Ländern bildet der Kriminalitätsanstieg nach der Wende 1989 in Polen doch eine spezifische Qualität. Mit dem Zeitraum 1985-88 verglichen, wurden 1990-1993 nahezu doppelt so viele festgestellte Straftaten registriert (Gaberle 1994). Wichtiger als bloßer Zahlenanstieg aber scheint für die Furcht vor Kriminalität die veränderte Kriminalitätsqualität - mehr Gewaltverbrechen, bisher unbekannte oder sehr seltene Formen, wie terroristische Anschläge, Verbrechen mit Waffenanwendung, Entführung für Lösegeld u.a. - solche Kriminalitätsformen also, die in besonderer Art auf das Bewußtsein der Bürger wirken und die Verbrechensfurcht stark prägen.

Der Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht und der Kriminalität ist keineswegs direkt; objektive Kriminalitätsbedrohung und subjektive Reaktionen sind nicht notwendig miteinander verknüpft. Durch die Pressefreiheit sind die Bürger jetzt weit besser über die Kriminalität informiert, da entsprechende Informationen nicht mehr streng reglementiert werden, wie es früher

oft aus politischen Gründen geschah. Die Massenmedien können also die Kriminalitätsfurcht stark beeinflussen. Verstärkend wirkt sich auch die allgemeine Verunsicherung aus - mit der sozialen Bedrohung im Hintergrund. Die Frage, inwieweit sich in der Kriminalitätsfurcht der Kriminalitätsanstieg widerspiegelt, läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Die Antwort erübrigt sich, soweit wir vom Thomas-Theorem ausgehen, d.h. annehmen, daß die Situation, die als real definiert wird, in ihren Konsequenzen auch real ist. 1994 waren 88% polnischer Bürger der Meinung, daß in Polen jetzt mehr Verbrechen begangen werden als noch vor einigen Jahren. 1977 waren es nur 35% (Malec 1980: 7ff).

Empirische Untersuchungen und Meinungsumfragen vor 1989 wiesen ein relativ niedriges Niveau der Furcht vor Kriminalität in der polnischen Gesellschaft auf. Dies gilt sowohl für die allgemeine Beurteilung der Sicherheit, als auch für die Beurteilung der persönlichen Bedrohung, wie z.B. das wahrgenommene Viktimisierungsrisiko oder die wichtigsten Ursachen, unter denen 1988 vor allem die Sorgen des Alltags genannt wurden - Verschlechterung der materiellen Situation, Preiserhöhungen, Gesundheitsprobleme etc. Bei einer ähnlichen Umfrage von 1994 nahm die Furcht vor Kriminalität den dritten Platz ein, hinter der Angst vor Armut; An erster Stelle stand die Angst, die ärztliche Behandlung nicht bezahlen zu können (CBOS 1994).

Bei der sogenannten Standardfrage der internationalen Viktimisierungsuntersuchungen (Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf der Straße sind), erwiesen sich die Polen als die unsicherste Nation: 45,5% fühlten sich eher unsicher oder sehr unsicher (van Dijk und Mayhew 1992: 38). Bei der Wiederholung der Frage im Jahre 1994 gaben 55% der Polen die gleiche Antwort (OBOP Nr.24, 1994: 4).

Die These über den Anstieg der Kriminalitätsfurcht nach der Wende muß relativiert werden, weil die wahrgenommene Kriminalitätsbedrohung je nach der Größe des in Frage kommenden Gebiets zunahm. Die Einschätzung der Sicherheit im Nahbereich (eigene Wohnung, Wohnviertel, Dorf) unterschied sich deutlich von der Beurteilung der Sicherheit im ganzen Land. Diese Schätzung hat sich am deutlichsten geändert (CBOS; Bieńkowska und Wojciechowska, 1993: S.32). Aufgrund der Ergebnisse empirischer Untersuchungen kann festgestellt werden, daß sich heutzutage, mit der Zeit der Volksrepublik Polen verglichen, weniger Bürger sicher fühlen, und die Überzeugung, daß sich die Sicherheitslage generell verschlechtert hat, weiter verbreitet ist als das persönliche Gefühl des Sicherheitsmangels.

3.

Das Schutzbedürfnis der Bürger findet seinen Ausdruck in der Bewertung der Polizeiarbeit. Der internationale Forschungsstand bestätigt, daß das Polizeibild in der Meinung der Bürger aus verschiedenen Ländern weitgehend positiv ist (van Dijk und Mayhew 1992: 41ff). Die polnischen Respondenten haben die Polizeiarbeit in ihrer Gegend generell als nicht zufriedenstellend bewertet. Mit 26,8% derjenigen, die mit der Wirksamkeit der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung zufrieden waren, fanden sie sich auf dem vorletzten Platz.

Wie aus den internationalen Viktimisationsuntersuchungen ersichtlich, werden viele Aspekte der Polizeiarbeit in Polen - wie Wirksamkeit, Effizienz im konkreten Fall, Präsenz auf der Straße - deutlich kritischer bewertet als in vielen anderen Ländern (van Dijk und Mayhew 1992: 41ff), was auf ihre Unwirksamkeit und zum Teil auf frühere schlechte Erfahrungen mit der Bürgermiliz

zurückzuführen ist. In den Augen der Bevölkerung aber ist das Bild der Polizei weit komplizierter. Spätere Untersuchungen haben bestätigt, daß konkrete Aspekte der Polizeiarbeit zwar oft kritisch bewertet werden (Bieńkowska und Wojciechowska 1993: 36; CBOS 1994, Nr. 4: 67ff), die allgemeinen Einstellungen zur Polizei aber überraschend positiv waren. Im November 1993 deklarierten 48,2% der Bewohner Warschaus Sympathie der Polizei gegenüber (Bieńkowska und Wojciechowska 1993: 36), im März 1994 vertrauten 70% der Polen persönlich der Polizei (OBOP 1994). In den seit 1992 regelmäßig durchgeführten Umfragen über polnische Institutionen hat die Polizei zusammen mit der Armee jeweils die höchsten Positionen eingenommen (CBOS).

Die polnischen Meinungen hierzu ähneln denen in den neuen Bundesländern, wo die Einstellung der Bürger zur Polizei in einer Repräsentativumfrage "zwischen Schutzbedürfnis und Mißtrauen" plaziert wird (Murck 1992: 16ff). Einerseits empfinden die Bürger Unsicherheit, weswegen sie auf die Polizei als Schutzorgan in besonderer Weise angewiesen sind, zum anderen aber läßt sich die Rolle der Volkspolizei aus der Zeit vor der Wende nicht so einfach vergessen. In Polen spielen auch andere Faktoren eine große Rolle, u.a. etwas, was man als »gesellschaftliche Solidarität in der Armut« bezeichnen könnte. Die Position der Polizei ist nach der Wende grundsätzlich anders geworden. Sie gehört nicht mehr der privilegierten Machtstruktur an, die Polizisten sind jetzt Staatsbeamte, die einerseits kontrollierbar sind, andererseits Probleme haben, wie sie auch "normale Bürger" zu bewältigen haben (schlechte Bezahlung, mangelnde Ausstattung, Aggressivität der Verbrecher).

Als die dritte Ursache für die Einstellungsänderung kann die "Verdrossenheit über die neue Ordnung" genannt werden. Seit 1989 wurde regelmäßig eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Thema "Die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen" durchgeführt (CBOS), die danach bewertet werden, ob und wie gut sie der Gesellschaft dienen. Seit 1989 bis Juni 1990 konnte bei der Antwort auf diese Frage eine deutliche Verteilung der zu beurteilenden Subjekte auf zwei Kategorien festgestellt werden: in die erstere wurden Personen und Institutionen aufgenommen, die mit dem Parlament (Sejm, Senat), der neuen Regierung, der Kirche und der Gewerkschaft Solidarność verbunden waren. In der zweiten fanden sich Personen und Institutionen der alten Ordnung: u.a. die Armee und die Miliz. Seit 1990 geht die Billigung für Institutionen der neuen Ordnung in Polen ständig zurück. Dafür wird die Polizei (bis Juni 1990 - Miliz) immer positiver empfunden, wozu auch die Umbenennung deutlich beitrug. Seit Oktober 1992 gehörten Armee und Polizei zu den höchst geschätzten Institutionen in Polen (vor der Kirche, dem Parlament und der Regierung). Die Akzeptanz der Polizei ging mit der Unzufriedenheit wegen der zu großen politischen Bedeutung solcher Institutionen wie der Kirche einher.

4.

Bei dem wahrgenommenen Viktimisierungsrisiko kommt das Vermeidungsverhalten als Abwehrstrategie oft vor: wegen der Kriminalitätsbedrohung werden leere Straßen oder Plätze gemieden. Im internationalen Vergleich von 1992 gehörten die Polen zu den drei Nationen (35%, hinter Italien und der Tschechoslowakei), wo solche Sicherheitsvorkehrungen am häufigsten getroffen wurden (van Dijk und Mayhew 1992: 38).

Im Vergleich mit anderen Ländern war es um technische Sicherheitsvorkehrungen in Polen nicht gut bestellt, besonders wenn dies großen Geldaufwand verlangte (van Dijk und Mayhew 1992: 49ff). Es wäre sehr interessant zu wissen, welche Schutzmöglichkeiten die Menschen wählen würden, wenn sie dabei keine faktischen Beschränkungen mitzuberücksichtigen bräuchten. In einer Briefumfrage 1989, wo die Quotenstichprobe benutzt wurde (Kaszycki 1991: 57ff), hätten entsprechend 78,5% bis 83,3% passive Abwehrmöglichkeiten, wie Alarmanlagen, besondere Tür- und Fenstersicherungen benutzt, weniger Respondenten wählten aggressivere Formen, wie Verteidigungshunde (61,8%) oder einen privaten Sicherheitsdienst (52,9%). Zu den am seltensten gewählten Abwehrstrategien gehörten die Gründung einer Bürgerwehr (13,7%), Benutzung von Tränengas (15,7%) oder Waffe (11,7%). Die positive Bewertung des privaten Sicherheitsdientes im Jahre 1989 kann überraschen, weil solche Firmen erst ab 1989 tätig sein durften, die Respondenten hatten also wahrscheinlich keine direkten Erfahrungen. Solche Firmen garantierten es, die Sicherheit außerhalb der staatlichen Institutionen finden zu können. Sie konnten auch als Ausdruck der neuen Ordnung betrachtet werden.

Ungefähr zwei Jahre nach der erwähnten Untersuchung wurden zuerst spontan, dann auch mit polizeilicher Unterstützung nachbarschaftliche Selbsthilfegruppen gegründet. Die Bürger überwachten regelmäßig Parkplätze, Wohnviertel und Straßen. Viele Gruppen blieben aber außer polizeilicher Kontrolle, und wenn überhaupt, beanspruchte man ihre Hilfe nur im Notfall. Bislang fehlen statistische Angaben über ihre Aktivität und Wirksamkeit. Es ist nur bekannt, daß solche Gruppen in zwei Wojewodschaften (von insgesamt 49) in Polen noch aktiv sind. Nach den ersten, von den Bürgern initiierten Experimenten werden in diesem Jahr systematisch nachbarschaftliche Selbsthilfegruppen nach dem Vorbild "neighbourhood watch" durch die Polizei eingeführt (vgl. Benett 1989).

Das Phänomen der nachbarschaftlichen Selbsthilfegruppen ist auch sehr interessant wegen ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen. Sie waren nicht gegen den Staat gerichtet (Zusammenarbeit im nötigsten Umfang mit der Polizei), sondern nur als eine Ergänzung gemeint, aber ohne Zusammenarbeit mit den lokalen Verwaltungsstrukturen. Es bedarf einer Antwort auf die Frage, inwieweit die Teilnahme an solchen Gruppen die Aktivität der Bürger in der öffentlichen Sphäre widerspiegelt und inwieweit dies nur der bloßen Angst und Interessenabwehr der Bürger zuzuschreiben ist oder einen Versuch bedeutet, die Sache in eigene Hand zu nehmen (ein Stichwort, das zur Ideologie nach der Wende gehörte).

Wenn gewisse Bevölkerungsgruppen private Initiative zum Schutz vor Verbrechen ergreifen, kann ein Übergang zur Selbstjustiz fließend sein. Die Vermutung, daß solche Tendenzen auch der polnischen Gesellschaft nicht fremd sind, wird durch die empirischen Untersuchungen des Gallup-Instituts bestätigt. Die Meinungen über die zulässigen Methoden der Kriminalitätsbewältigung spiegeln die Einstellungen gegenüber dem Staat wider (Chećko und Pawłowski 1994). In den Ergebnissen kam ein grundsätzlicher Widerspruch zum Vorschein: einerseits war es die Achtung des Rechts, andererseits die Sehnsucht nach der Gerechtigkeit aus dem »wilden Westen«. Nach Meinung der befragten Polen hat jeder das Recht auf Selbsthilfe - diese Meinung äußerten 76,9% der Respondenten. Wenn die staatliche Justiz unwirksam ist, darf man die Gerechtigkeit selbst bestimmen, z.B. mit Hilfe eines privaten Sicherheitsdienstes (59,8% bejahende und 30,2% verneinende Antworten). Vom rechtswidrigen Verhalten der Miliz in der Vergangenheit abgesehen, glauben die Polen, daß der Polizist vor allem wirksam sein soll, selbst wenn er dabei gegen die

Vorschriften verstoßen müßte (59,5%, 32,8% waren dagegen). In derselben Umfrage hob die Mehrheit der Befragten hervor, daß das Recht für alle gleich sein soll, auch für den Präsidenten (87,4%), daß jeder die Verfolgungsorgane über das Verbrechen zu informieren hat (53,0%), daß eine Falschaussage vor Gericht nicht erlaubt ist. Mit solchen Meinungen gehen Forderungen nach einer größeren Punitivität einher, z.B. Aufrechterhaltung der Todesstrafe (64,6%), strengere Urteile. Dies sind Beispiele für eine stets wachsende Punitivität der Gesellschaft, die in Polen ohnehin schon groß war.

Die gesellschaftlichen Meinungen drohen sich also zwischen dem Ruf nach Recht und Ordnung einerseits und der Zustimmung für die Selbstjustiz andererseits zu spalten.

Literatur

Benett,Trevor (1989), Evaluating Neighbourhood Watch. London.

Bieńkowska, Ewa und Wojciechowska, Janina (1993), Przestępczość i inne problemy społeczne w świetle własnych doświadczeń i poglądów mieszkańców Warszawy. in: Studia Prawnicze 4(118):15-46.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (1990-1994), Serwis Informacyjny.

Chećko, Aleksander und Pawłowski,Witold (1994), Prawa żądni. In: Polityka 51.

van Dijk, Jan J.M. und Mayhew, Patricia (1992), Criminal Victimization in the industrialized World. Directorate for Crime Prevention, Ministry of Justice, The Nederlands.

Gaberle, Andrzej (1994), Die Entwicklung der Kriminalität in Polen seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus. Unveröffentlichtes Referat, Polnisch-Deutsches Strafrechtskolloquium, Halle 11.-15. Mai 1994.

Kaszycki, Roman (1991), Społeczne poczucie zagrożenia przestępczością. In: Problemy Praworządności 3: 57-64.

Malec, Jerzy (1980), Poglądy społeczeństwa polskiego na przestępczość. Wynikibadań. Warszawa.

Murck, Manfred (1992), Zwischen Schutzbedürfnis und Mißtrauen - Einstellungen zur Polizei in den neuen Bundesländern. In: Die Polizei 1: 16 - 18.

OBOP (Ośrodek Badania Opinii Publicznej) (1994), Czy policja skutecznie broni nas przed przestępcami. Raport z badań. Warszawa.

Rychard, Andrzej (1993), Społeczeństwo w transformacji: koncepcja i próba syntezy. In: Rychard, Andrzej, Federowicz,Michał /Hg./: Społeczeństwo w transformacji. Warszawa 1993: 5 - 23.

Stark, David (1992), Od systemowej tożsamości do organizacyjnej różnorodności. Przyczynek do analizy zmiany społecznej w Europie Wschodniej. In: Studia Socjologiczne 3-4: 53-63.

Dr. Janina Czapska, ul. Rozrywka 22/72, PL-31-419 Krakow